



Münchner WECKER



von Beschäftigten für Beschäftigte des Münchner Finanzamts

8. Ausgabe 2011

Die Unendliche Geschichte?

Von Dieter Weiß und Markus Eisele

Begeben wir uns auf eine kleine Zeitreise!

Zurück in die Vergangenheit:

Wir schreiben das Jahr 2009 - 16. März
11:30 Uhr - Ort: München – Gasteig

Finanzminister Fahrenschon erläutert den zahlreich erschienenen Beschäftigten des zukünftigen Finanzamtes München seine Pläne für das neuzugründende größte Finanzamt Deutschlands.

Über die derzeitige Unterbringung sagt er folgendes:

„Die Unterbringung entspricht nicht mehr den Ansprüchen einer modernen Finanzverwaltung. Die Gebäude auf dem Areal Deroystraße/Marsstraße sind verbraucht und stark sanierungsbedürftig. Ein sachgerechtes Arbeitsumfeld können sie nicht mehr bieten.“

Er spricht von der „maroden Bausubstanz“ des Gebäudes Deroyst. 4.
Außerdem: „Dabei dürfen wir das Ziel aber nicht aus dem Auge verlieren: Wir schaffen

mit dem Neubau den baulichen Rahmen für ein rationelles und innovatives Arbeiten. Die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten werden dadurch spürbar verbessert. Ich bin davon überzeugt, dass diese Baumaßnahme auch zu einem Motivationsschub bei den Beschäftigten führen wird.“

(Zitate: Vortrag des Bayerischen Staatsministers der Finanzen, Georg Fahrenschon, anlässlich der Informationsveranstaltung zur Neuorganisation der Münchner Finanzämter am 16. März 2009 im Gasteig)

So, und nun ein Sprung in die Gegenwart:

Voller Erwartung, dass dem Gesagten auch Taten gefolgt sind, betreten wir das Gelände an der Deroystraße.

Aber was sehen wir?

Es hat sich nichts geändert!

Die Enten ziehen wie eh und jäh unaufgeregt ihre Kreise auf dem Teich vor der Kantine.
Von einer Baustelle keine Spur.

... und so müssen die Beschäftigten immer noch auf den versprochenen Motivationschub durch die angekündigten Neubauten warten



(Verdi-Warnstreik vor Finanzministerium, 3.2.11)

Der geplante Start des 1. Bauabschnitts im Herbst 2009 wurde verschoben.

Wann und ob ein Neubau kommt, steht wahrscheinlich nur in den Sternen, denn im Doppelhaushalt des Freistaates Bayern für die Jahre 2011/2012 steht er nämlich nicht.

Und so bröckeln unverändert die maroden und sanierungsbedürftigen Gebäude vor sich her und die Beschäftigten arbeiten weiter in Gebäuden, die laut dem Finanzminister, ein sachgerechtes Arbeitsumfeld nicht mehr bieten können.

Nachdem bereits ein Architekturwettbewerb für das Gelände an der Derostraße durchgeführt wurde und Pläne für den Baubeginn gefertigt wurden, kam unser Arbeitgeber auf die Idee, eine intensive Prüfung durchzuführen, ob nicht doch eine Anmietung von entsprechenden Büroflächen billiger käme. In Tageszeitungen wurden entsprechende Mietgesuche veröffentlicht. Zurzeit läuft die sogenannte Wirtschaftlichkeitsprüfung.

Die Tendenz gehe nun aber wieder Richtung Neubau, die Standortfrage ist nun wieder offen, so sagt man.

Vielleicht will man aber auch nur die Entscheidung über die Neubauten von der Entscheidung über die noch auslagerungsfähigen Stellen abhängig machen.

Im Mai 2010 war in einer Pressemitteilung des Finanzministeriums zu lesen, dass das Landesamt für Steuern etwa 180 Stellen für auslagerungsfähig beurteilt hat.

Darunter fallen die Bewertungsstelle, Veranlagungsstellen für Überschusseinkünfte (?) und Rechtsbehelfsstellen.

Ministerpräsident Seehofer verkündet im Sommer letzten Jahres, dass auch die zentrale Datenerfassungsstelle mit etwa 70 Beschäftigten von München nach Wunsiedel ausgelagert werden soll.

„Wir müssen nicht alles in München haben“,
so seine Aussage.

Leider hatte diese Ankündigung einen klitzekleinen Schönheitsfehler: so eine Stelle gab in München gar nicht.

Mittlerweile wurde die zentrale Datenerfassungsstelle in Wunsiedel neu gegründet. Allerdings nur mit 20 Beschäftigten.



(Verdi-Warnstreik vor Finanzministerium, 3.2.11)

Aber in der Auslagerungsfrage bewegt sich nichts. Die Ungewissheit bleibt.

Man müsse nun erst mal die geplante Bundeswehrreform abwarten, so hat sich unter anderem Ministerpräsident Seehofer geäußert.

Wie bitte?

Wartet man ob in Oberfranken oder in Niederbayern Kasernen dicht machen, um dann

als Ersatz für die abgezogenen Soldaten 50 Finanzbeamte anzusiedeln?

Diese Maßnahme wird man dann als Fördermaßnahme für den ländlichen Raum verkaufen. Erfolgreiche Wirtschafts- und Strukturpolitik geht aber anders.

Oder wartet man etwa auch auf frei werdende Kasernen in München um sich einen Neubau zu ersparen?

Nach über zwei Jahren wäre es nun endlich an der Zeit, dass klare Entscheidungen getroffen werden.

Der Sanierungsbedarf der bestehenden Gebäude steigt stetig.

Aber wer schon bei der Anschaffung von neuen Druckern für die Finanzämter spart

Motivieren geht anders!

Vielleicht machen wir ja mal einen Zeitsprung ins Jahr 2015:

Wie wird das Finanzamt München dann wohl räumlich untergebracht sein?

Grüß Gott

von Dieter Weiß und Angelica Dullinger



"Grüß Gott.
Hier ist das Finanzamt München.
Wegen einer Arbeitskampfmaßnahme ist die Telefonvermittlung voraussichtlich ganztags nicht erreichbar.
Wir bitten um Ihr Verständnis."

Diesen Ansagetext hörten ca. 2500 Anrufer beim Finanzamt München am 02. März weil die Kolleginnen und Kollegen der Münchner Telefonzentrale dem Warnstreikaufruf von ver.di gefolgt sind und für einen Tag die Arbeit niedergelegt haben.

Gefallener Stern

von Wolfgang Untergeher und Martin Heitzer

Wie sicher fast jedem schon beim Zeitungsstudium aufgefallen ist gibt es demnächst ein astrologisches Großereignis zu betrachten:

Der langjährige Fixstern der bayerischen Finanzverwaltung (nennen wir ihn einfach einmal Kurt F.) und unbestritten schönste Minister der bayerischen Staatsregierung steht kurz davor, wegen angeblich „massiver Versäumnisse“ und „persönlicher Verantwortung“ für das „Milliardengrab Bayerische Landesbank“ finanziell belangt zu werden. Dass dieses Vorgehen der BLB gegen ihren früheren Verwaltungsrat höchst infam ist und der Lebensleistung von Kurt F. nicht annähernd gerecht wird, steht ja nun außerhalb jeder Diskussion.

Er hat sich jederzeit und in wahrlich aufopfernder Weise für Presse- und Fototermine in bayerischen Schlössern und Spielcasinos zur Verfügung gestellt und hat sich genauso unermüdlich für die Vision einer funktionierenden Finanzverwaltung eingesetzt. Er war „*Spiritus rector*“ und Schöpfer des ausgeglichenen Haushalts im Freistaat Bayern und war damit legitimer Nachfolger von Graf Montgelas, dem Begründer der moder-

nen bayerischen Staatsverwaltung im 19. Jahrhundert.

Seine sparsame und effektive Mittelverwendung - gerade im Personalbereich - ist legendär und sollte all' seinen Nachfolgern stetes Vorbild sein („kein Cent zu viel für den öffentlichen Dienst“).

Schamlos, diese Hetze auf erfolgreiche Menschen mit Flair in dieser Neidrepublik! Einmal keiner dieser typisch-deutschen, langweiligen Berufspolitiker und dann wird er vom Gutmenschen-Pöbel und von der linken Kampfpresse fertig gemacht. Wie bei Dr. Googleberg!

Jeder Finanzbeamte mit etwas Herz für große Menschen sollte sich den einschlägigen Unterstützungsgruppen auf Facebook anschließen und sich an der ver.di-Sammelaktion „Schwarzer Riese“ beteiligen (die Konto-Nr. ist der Redaktion bekannt und wird bei Bedarf gerne bekannt gegeben).

Wir fordern Straffreiheit für Superstars!

Höchst widrige Umstände

von Wolfgang Untergeher und Norbert Reitberger

Jedem Finanzbeamten und jeder Finanzbeamtin ist aus eigenem täglich Erlebtem bewusst, dass von ihm bzw. ihr heutzutage eine wesentlich höhere Arbeitsbelastung zu schultern ist als noch vor wenigen Jahren.

Hauptverantwortlich dafür ist die seit Jahrzehnten völlig verfehlt Personalpolitik des Freistaats Bayern, die daraus resultierende massive personelle Unterbesetzung in den Finanzämtern und die einhergehende zunehmende Arbeitsverdichtung.

Angesichts eines Fehlbestands von über 550 MAK hat das FA München in allen Bereichen nicht nur die schwierigsten Fälle zu lösen,

sondern dafür auch noch die schlechteste Personalausstattung zur Verfügung.



(Verdi-Warnstreik vor Finanzministerium, 3.2.11)

Und was ist angesichts dieser hochdramatischen Verhältnisse die Antwort von Politik und Verwaltung?

„**Maschinelle Risikomanagementsysteme**“, so dass sich die verbliebenen Mitarbeiter/Innen auf „die wirklich prüfungswürdigen Steuerfälle konzentrieren“ könnten und eine „**kontinuierlich verbesserte EDV-Unterstützung**“ (Finanzminister Georg Fahrenschon, in der SZ vom 17.11.2010 bzw. 04.03.2011/ die entsprechende Pressemitteilung war für wenige Stunden auch im AIS abrufbar).

Das Ministerium setzt noch eins drauf und verweist darauf, dass der Freistaat sich in den letzten Jahren darauf konzentriert habe, die Finanzämter „**mit modernster IT**“ auszurüsten (SZ vom 15.11.2010).

Also alles paletti?

Auch wenn es in der bayerischen Finanzverwaltung zu „plötzlichen“ und „unerwarteten“ Personallücken gekommen ist, gibt es im Steuervollzug keine echten Probleme, weil dankenswerterweise zumindest die **technische Ausstattung top** ist.



(für Verdi-Warnstreik vor Finanzministerium, 3.2.11)

Die Wirklichkeit sieht anders aus, wie das Beispiel der LSt-Außenprüfung zeigt: Die zentralisierte LSt-Arbeitgeberstelle des FA München war im Jahr 2010 nur mehr in der Lage, 882 Prüfungen abzuschließen, das sind **1,4 % aller Arbeitgeber** mit LSt-Signal in München. Im Vorjahr konnte immerhin noch eine Prüfungsquote von 2,6 % erreicht werden.

Bei derartigen Zahlen ist klar, dass gerade noch die allergrößten Arbeitgeber, also Fälle mit ganz erheblichem Steuerpotential (aber auch dem höchsten Schwierigkeitsgrad) mittels Anschlussprüfungen geprüft werden können.

Für diese Art von „Auswahl“, bei der ganz viele prüfungswürdige Fälle aus schierem Personalmangel durch den Rost fallen müssen, sind „maschinelle Risikomanagementsysteme“ wahrlich nicht notwendig!

Und wie schaut es mit der **tagtäglichen Arbeit** in unserer Mangelverwaltung aus?

Betrachten wir doch einmal die Lohnsteuerstelle im Jahr 2010:

- ein immer weiter zunehmender Steuerwiderstand und eine immer ausgefeiltere Verzögerungstaktik, gerade der größten Arbeitgeber;
- eine Flut von Gesetzes- und Richtlinienänderungen und umzusetzenden Urteilen im Bereich der Lohnsteuer;
- der zusätzlich zu meisternde Umzug der gesamten Lohnsteuerstelle von der Deroystraße in die Karlstraße,
- die permanente Aushilfstätigkeit von Lohnsteuerprüfern/Innen im Innendienst der LSt-Arbeitgeberstelle;
- die laufend zu leistende praktische Ausbildung von neuen Betriebs- und BNV-Prüfer/Innen, Finanzanwärtern/Innen und auch FOS-Praktikanten/Innen;
- eine Prüfung des Bundesrechnungshofs, für die kurzfristig Prüfungsunterlagen und Arbeitgeberakten im Umfang von deutlich über hundert Aktenordnern aus dem Archiv geholt und nach den Vorgaben der Prüfer/Innen vorbereitet werden mussten (wohlgemerkt für 2 1/2 Tage).

Aber zum Glück funktioniert wenigstens die „hochmoderne EDV“ im Bereich der Lohnsteuer!

Hochspezialisierte Steuerprüfer/Innen mühen sich mit oft ganz erheblichem Zeitaufwand ab, einlesbare Datenträger - unterschiedlichster Softwarehersteller - von den Unternehmen zu erhalten und diese in die Prüfsoftware IDEA einzulesen, bevor die eigentliche Prüfung beginnen kann.

Zum Vergleich: Bei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder auch in anderen Finanzverwaltungen werden EDV-Spezialisten/Innen vor Beginn der Prüfung in Unternehmen geschickt, um dort vorab sicherzustellen, dass die Datenträger oder die Prüferrolle beim Direktzugriff den Anforderungen des Prüfers/ der Prüferin genügen.

Angesichts der erheblichen Datenvolumina bei den von der LSt-Außenprüfung des FA München mittels Datenzugriff (IDEA/ Z3) zu prüfenden Großkonzernen liegt bisher **keine adäquate Ausstattung** vor.

Abgesehen davon, dass die standardmäßig überlassenen Festplatten nicht für das Aufspielen sehr großer Fälle ausgelegt sind, können erfolgreich eingelesene Daten aufgrund der eingeschränkten Rechnerleistung nur sehr zeitaufwändig verarbeitet werden.

Teilweise werden im Zwei-Wochen-Rhythmus Updates zur Verfügung gestellt, anstatt diese Anpassungen auf wenige Termine im Kalenderjahr zu bündeln.

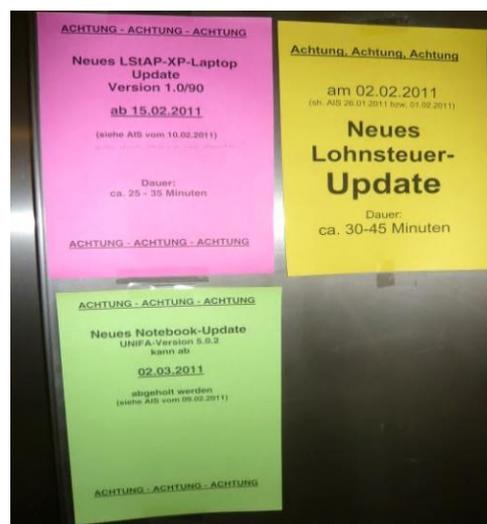
Prüfer/Innen, die teilweise nur alle zwei, drei Wochen ins Finanzamt kommen, um dort dringend notwendige Ermittlungen vorzunehmen, sind so immer wieder gezwungen, ihre Planungen zu verwerfen, die Arbeit erst mal einzustellen und ihrem Laptop beim Update zuzusehen. (siehe rechts).

Zu diesem ganzen Drama passt, dass für den IuK-Bereich des Landesamt weiterhin

und in großem Rahmen ausgebildete Steuerbeamte/Innen (im Jahr 2010 kamen ca. 40 neu ausgebildete und dringend benötigte Kolleginnen und Kollegen in den IuK-Bereich) zu IT-Personal umgeschult werden, anstatt endlich **Experten/ Expertinnen mit einer entsprechenden Ausbildung** längerfristig und nicht nur für einzelne Projekte zu engagieren.

Was muss denn bitte noch passieren, dass in diesem Bereich von der Ministeriumsspitze machtvoll das Ruder herumgerissen wird?

- Und wie lange wird es noch dauern, bis auch zum Finanzminister Fahrenschoen die Nachricht vorgedrungen sein wird, dass von „kontinuierlich verbesserter EDV-Unterstützung“ und „modernster IT“ keine Rede sein kann und dass diese Ausreden nur für zusätzliches Frustrpotential der Beschäftigten sorgen?



Finanzminister Fahrenschoen nach Abschluss der Haushaltsberatungen am 07.04.2011:

„Bayern ist heute da, wo andere in den nächsten Jahren hin müssen.“

Thema „mobile Drucker“: vom 18.04.2011

Eine Ersatzbeschaffung für veraltete bzw. defekte Drucker vom Typ CANON BJ 30 ist aufgrund der angespannten Haushaltssituation nicht möglich.

Wo ist Bayern nur hingekommen?

Es war einmal...

- ein sicherer Arbeitsplatz beim Freistaat Bayern

von Dieter Weiß

„Geh ` zum Staat, dann wirst Du nie arbeitslos“

So klang es früher.

Viele Kolleginnen und Kollegen wählten den Freistaat Bayern als Arbeitgeber, weil sie hier einen sicheren Arbeitsplatz bekamen - als Beamtinnen und Beamten, aber auch als Angestellte oder Arbeiter.

Die Jobs beim Freistaat Bayern galten als sichere und krisenfeste Anstellung.

Doch das war einmal!

Was die sogenannte freie Wirtschaft bereits praktizierte, wurde schon sehr bald auch von den öffentlichen Arbeitgebern entdeckt.

Kein Wunder, sie haben ja auch die entsprechenden Gesetze dafür geschaffen. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse sind deshalb auch hier auf dem Vormarsch.



(Kräuterwanderung der Verdi-Betriebsgruppe am 5.4.2011)

Im Bereich des Staatsministeriums der Finanzen, also auch bei den Finanzämtern, ging der Freistaat Bayern dazu über, viele Tarifbeschäftigte nur noch mit befristeten Verträgen einzustellen.

Befristete Arbeitsverhältnisse haben für den Arbeitgeber den Vorteil, dass sie zu einem bestimmten Termin enden.

Ist die Gültigkeit des Zeitvertrags ausgelaufen, steht der Mensch auf der Straße, falls der Vertrag nicht doch noch einmal verlängert wird. Ein Rechtsanspruch auf eine Verlängerung besteht natürlich nicht.

„Freiwillige vor“

Im Januar hat das Finanzministerium erklärt, dass aufgrund finanzieller Einbußen die Spielbanken umstrukturiert werden sollen.

Statt die Pläne mit den Betroffenen abzustimmen, ging plötzlich alles ganz schnell: Um über 120 Stellen einzusparen, sollen Tarifbeschäftigte sofort das sinkende Schiff verlassen - sonst gibt's in einem Monat betriebsbedingte Kündigungen!

Die Verwaltung nennt das

"Freiwilligenprogramm"

- dagegen möchte der Bezirkspersonalrat der Staatlichen Lotterieverwaltung rechtlich vorgehen. Ob das reicht?

Oder hilft vielleicht ein offener Brief der Betroffenen?!

Da braucht man über die Lockerung des Kündigungsschutzes nicht mehr lange diskutieren.

Eine Kündigung ist nicht mehr notwendig. Der Vertrag löst sich quasi in Luft auf. Geht anders!

Aber auch während der Laufzeit dieser befristeten Arbeitsverträge sind die davon betroffenen Beschäftigten „Beschäftigte zweiter Klasse“.

Wer mit so einen Arbeitsvertrag versucht einen Kredit oder einen Mietvertrag für eine Wohnung zu bekommen, muss sich nicht wundern, wenn er sehr schnell einen negativen Bescheid erhält, da er für die Bank oder für den Vermieter keine langfristige wirtschaftliche Absicherung bedeutet.

Arbeitsverträge auf Zeit bieten zwar vorübergehend Beschäftigung, sie bedeuten aber auch eine unbekannte Zukunft, für die Beschäftigten und für ihre Familie.

Soziale Sicherheit sieht anders aus!

Arbeitnehmerrechte werden massiv behindert. Wer traut sich schon seine Rechte durchzusetzen, mit der Angst, dieser befristete Vertrag wird nur deshalb nicht verlängert. Und wer engagiert sich in der Personalvertretung, wenn sein Verbleib in der Dienststelle zeitlich begrenzt ist.

Tschernobyl. Damals - und heute.

Kostenlose Führung durch die Ausstellung im Münchner Hauptbahnhof am Donnerstag, 19. Mai 2011 um 16 Uhr, Dauer ca. 90 Minuten.

Ein Zeitzeuge wird an der Führung teilnehmen.

Anmeldung: ver.di-Betriebsgruppe c/o Angelica.Dullinger@fa143.stv.bayern.de

Bei den Haumeistern in den Finanzämtern werden oft befristete Arbeitsverträge mit einer evtl. Privatisierung dieser Dienste begründet.

Facility Management, so lautet das neudeutsche Schlagwort. Oder einfach gesagt: die Dienstleistungen der Hausarbeiter sollen künftig private Unternehmer durchführen, da dies angeblich wirtschaftlicher und effektiver ist.

Dies wird bereits seit vielen Jahren bei den Reinigungskräften umgesetzt.

Seit dem eilen schlechtbezahlte Beschäftigte privater Reinigungsunternehmen durch die

Gänge des Finanzamtes und erledigen im Akkordtempo die vorgegebenen Bereiche.

Risikogewerbe: Gebäudereinigung, mag so mancher Prüfer denken! Ach was, Schwarzarbeiter im Finanzamt, das wär ja noch schöner!

Der Datenschutzbeauftragte rügte mehrfach, dass durch private Reinigungsdienste die Vertraulichkeit der Steuerdaten nicht mehr gewährleistet sei.

Aber das ist doch egal!

Hauptsache billiger!!!

Ver.di appelliert regelmäßig an die soziale Verantwortung der Staatsregierung für ihre Beschäftigten.

Befristete Arbeitsverhältnisse sollen nur noch in Ausnahmefällen geschaffen werden.

Dienstleistungen im Finanzamt gehören nicht in private Hände. Leider wird die soziale Verantwortung dem großen Ziel „ausgeglichener Haushalt“ allzu oft geopfert.

Deshalb empfinde ich es mehr als gerecht, dass Staatsminister und Staatssekretäre u.U. auch nur eine befristete Anstellung haben - und zwar bis zur nächsten Wahl.

Mit ver.di läuft's besser!

work.out.run. - unter diesem Motto nimmt die ver.di-Betriebsgruppe mit Beschäftigten des Finanzamts München an der Deutschen Firmenlaufmeisterschaft teil.

Kommt mit, um unsere Läuferinnen und Läufer anzufeuern:

21. Juli um 19:30 Uhr
im Olympiastadion

Redaktion:

Angelica Dullinger,
Dieter Weiß,
Markus Eisele
Wolfgang Untergehrer,

Martin Heitzer,
Michaela Sauerwein,
Norbert Reitberger

V.i.S.d.P.: Ver.di Bezirksverwaltung München, Wolfgang Lubrich,
Schwanthaler Straße 64, 80336 München!